

Arbeitskräftemobilität in Europa fair gestalten!

Bericht zur hybriden Konferenz am 08. September 2021



Foto: Mark Bollhorst

Der Europäische Binnenmarkt bietet allen Europäer_innen Zugang zu den vier Grundfreiheiten. Dazu gehört die Möglichkeit im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit EU-weit in einem Betrieb zu arbeiten bzw. unter Ausübung der Dienstleistungsfreiheit selbstständig tätig zu werden oder entsandt für ein ausländisches Unternehmen zu arbeiten. In den letzten Jahren hat die Mobilität von Arbeitskräften innerhalb der EU stetig zugenommen. Wenn auch dies in vielen Arbeitsbereichen problemlos verläuft, haben sich in der Praxis „Problembereiche“ etabliert. Zu ihnen zählen unter anderem die Fleischindustrie, die sogenannte 24-Stunden-Betreuung, die Transport- und Logistikbranche sowie die saisonale Landarbeit. Größtenteils sind es Beschäftigte aus Ost- und Südosteuropa, die besonders prekären Arbeitsumständen ausgesetzt sind. Es gelten keine oder nur wenige Tarifverträge und die Entlohnung wird durch verschiedene Praktiken unter den gesetzlichen Mindestlohn gedrückt.

Die hybride Fachkonferenz „Arbeitskräftemobilität in Europa fair gestalten!“ bot Raum dafür, beispielhaft über strukturelle Regelungsdefizite in den genannten Branchen zu diskutieren. Darauf aufbauend wurden die Erfahrungen aus der arbeitsrechtlichen Beratung von Beschäftigten aus anderen EU-Mitgliedsstaaten, wie sie unter anderem von Faire Mobilität umgesetzt werden, als auch über Handlungs- und Regelungsbedarf auf deutscher und europäischer Ebene diskutiert.

Der Staatssekretär des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Dr. Rolf Schmachtenberg gab einen Überblick über die aktuelle Situation der Arbeitskräftemobilität nach Deutschland und die bestehenden Herausforderungen für den Schutz der Arbeitnehmer_innen. Er wies auf die Corona-Pandemie hin, die zahlreiche Missstände in verschiedenen Arbeitssektoren in der EU zum Vorschein brachte und machte deutlich, wie wichtig Arbeitskräftemobilität für die Europäische Union ist und auch in Zukunft

sein wird. Die Corona-Pandemie habe aber auch Handlungsoptionen geschaffen, die das BMAS erfolgreich genutzt habe: So etwa die Verabschiedung des Arbeitsschutzkontrollgesetzes, die Verstetigung der Finanzierung und den Ausbau des DGB-Beratungsnetzwerkes „Faire Mobilität“ und damit einhergehende Beratungsangebote im In- und Ausland sowie eine vertiefte bilaterale Zusammenarbeit mit Bulgarien und Rumänien. Darüber hinaus nannte er die Gründung der Europäischen Arbeitsbehörde (European Labour Authority, kurz ELA), als einen Meilenstein für die Stärkung arbeitsrechtlicher Standards auf europäischer Ebene. Nicht zuletzt plädierte er für eine stärkere Zusammenarbeit aller wichtigen Stakeholder wie Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Zoll, sozialen Verbänden und der Politik.



Foto: Mark Bollhorst

Anja Piel, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, erläuterte Handlungsbedarf und Regelungsdefizite aus Sicht der Gewerkschaften. Auch sie hob die Verstetigung und den Ausbau von „Faire Mobilität“ hervor. Dank „Faire Mobilität“ und ähnlichen Beratungsstrukturen in den Ländern, konnte nicht nur vielen Menschen konkret geholfen werden, sondern über die Jahre auch eine



Foto: Mark Bollhorst

große Expertise über die Situation von mobilen Beschäftigten in den wichtigsten Branchen entwickelt werden. Die Erfahrungen zeigen, dass mobile Beschäftigte gerade in besonders missbrauchsanfälligen Branchen besonders häufig von prekären Arbeits- und Unterkunftsbedingungen und Ausbeutung betroffen seien. Mit Blick auf die verschiedenen Problemstellungen forderte sie vor allem bessere gesetzliche Regelungen, z.B. im Hinblick auf die soziale Absicherung von Saisonbeschäftigten und den Verbot von missbräuchlichen Werkverträgen, sowie häufigere und bessere Kontrollen durch die Behörden. Auch die Stärkung der ELA - so betonte sie - sei ein wichtiger Schritt, aber auch die Einführung einer europäischen Sozialversicherungsnummer/ bzw. -karte und die Vernetzung von Beratungsstellen sind für sie dabei besonders wichtige Bausteine für eine faire Arbeitskräftemobilität in Europa.

Nach den Statements begann der Austausch der Teilnehmenden in vier parallelen Fachforen über die Situation von Beschäftigten in ausgewählten Bereichen: der Fleischindustrie, der häuslichen Betreuung, der saisonalen Landarbeit und dem internationalen Straßentransport sowie der Paketzustellung.

Forum 1 beschäftigte sich mit der Fleischindustrie und der Umsetzung des eingeführten Arbeitsschutzkontrollgesetzes. Szabolcs Sepsi (Faire Mobilität) sah in letzterem Gesetz einen großen Erfolg, da dieses unter anderem die Unternehmen der Fleischindustrie verpflichtet, ihre Beschäftigten, die zuvor bei Subunternehmen angestellt waren, selbst anzustellen und Leiharbeit weitgehend einzuschränken. Szabolcs Sepsi und Thomas Bernhard (NGG) betonten, dass frühere Subunternehmer immer noch eine wichtige Rolle bei der Rekrutierung neuer Arbeitskräfte spielten und dass es nun darauf ankäme eine neue „Kultur der Arbeit“ in der Fleischindustrie zu etablieren.



Foto: Mark Bollhorst

Forum 2 setzte sich mit den Arbeitsbedingungen in der häuslichen Betreuung auseinander, die in den meisten Fällen von osteuropäischen Frauen getätigt wird. So berichtete Justina Oblacewicz (Faire Mobilität) u.a. von Pflegerinnen, die häufig an bis zu sieben Tagen in der der Woche bis zu 24 Stunden pro



Foto: Mark Bollhorst

Tag im Einsatz waren. Sie verwies auf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichtes vom Juni 2021, in dem in einem beispielhaften Fall einer aus Bulgarien stammenden Pflegerin geurteilt wurde, dass auch Bereitschaftszeit grundsätzlich zu vergüten sei. Dieses Urteil, so betonte auch Dietmar Erdmayer von Ver.di, sei als Erfolg zu bewerten. Allerdings, so betonten beide, brauche es einer

grundsätzlichen systemischen Veränderung, die nur durch eine vorgelagerte grundlegende politische Debatte erreicht werden könne.

Forum 3 beschäftigte sich mit dem Thema saisonale Landarbeit. Benjamin Luig (Europäischer Verein für Wanderarbeiterfragen) betonte dabei vor allem strukturelle Probleme der Branche, wie etwa die extreme Flexibilisierung, der hohe Anteil an Überstunden oder Arbeit auf Abruf (aufgrund schwer planbarer Wetterverhältnisse). Da viele Saisonarbeiter_innen nicht sozialversichert seien, plädierte er für ein Umdenken beim Modell der kurzfristigen Beschäftigung. Ein weiteres Thema war der Mehrwert einer europäischen Sozialversicherungskarte, die auch in diesem Bereich für mehr Transparenz sorgen könnte. Zudem wurde betont, dass Unterkünfte von Arbeitgebern bezahlt werden sollten, da den Beschäftigten über die Anrechnung von Kost und Logis sehr hohe Summen von ihrem Verdienst abgezogen würden. Grundsätzlich, so wurde betont, müsse es bessere Kontrollen geben.



Foto: Mark Bollhorst

Forum 4 beschäftigte sich mit den Arbeitsbedingungen im internationalen Straßentransport und der Paketzustellung. Anna Weirich (Faire Mobilität) schilderte anhand des Beispiels von Amazon, wie LKW-Fahrer_innen und Paketzusteller_innen tagtäglich unter schwierigen Bedingungen ihre Arbeit verrichten müssen. So arbeite Amazon hauptsächlich mit Sub-Unternehmen zusammen, die häufig gegen das Mindestlohngesetz verstießen und ihre Arbeiter_innen unter extrem hohen Zeitdruck setzten. LKW-Fahrer_innen, die zumeist aus Osteuropa stammen, hätten oft wochenlang keinen Zugang zu fließendem Wasser und sanitären Einrichtungen und müssten durchweg in ihren Fahrzeugen schlafen. Da laut Anna Weirich viele Arbeiter_innen nicht über ihre Rechte Bescheid wüssten, sei Aufklärungs- und Beratungsarbeit umso wichtiger. Außerdem brauche es effektiverer Kontrollen durch den Zoll und damit einhergehend eine Überprüfung, ob die gezahlten Löhne für die in Deutschland eingesetzten Fahrer_innen dem Mindestlohn entsprechen.



Foto: Mark Bollhorst

Nach einer Gesprächsrunde, in der die Ergebnisse der Fachforen zusammengetragen wurden, fand abschließend eine Podiumsdiskussion zum Thema „Regeln setzen – Regeln durchsetzen – Wie kann Mobilität in Europa besser gestaltet werden?“ statt. Moderiert von Pitt von Bebenburg (Frankfurter Rundschau) diskutierten neben Anja Piel und Dr. Rolf Schmachtenberg noch Marius Cosmin Boiangiu, der Exekutivdirektor der ELA, Jordi Curell Gotor, Direktor für Arbeitskräftemobilität und internationale Angelegenheiten in der Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Inklusion der Europäischen Kommission sowie Agnes Jongerius, Mitglied des Europäischen Parlaments.



Foto: Mark Bollhorst



Foto: Mark Bollhorst

Marius Cosmin Boiangiu versprach eine operative und handlungsfähige europäische Arbeitsbehörde, die zur Verbesserung der Zusammenarbeit und Koordination der grenzüberschreitenden Arbeitskräftemobilität zwischen den 27 EU Mitgliedstaaten beitragen wird. Ziel der ELA sei es u.a. im Rahmen des ELA-Mandates ein kooperatives Forum für verschiedene Interessengruppen wie der Politik, sozialen Verbänden und anderen anzubieten. Ein Beispiel für die engagierte Arbeit der Organisation stellt dabei für ihn die neue Aufklärungskampagne „Rights for all seasons“ dar, die auf die Notwendigkeit fairer und sicherer Arbeitsbedingungen für Saisonarbeiter_innen in allen EU-Ländern aufmerksam macht. Auf die Frage was die Ziele und der Weg in die Zukunft sein sollte, antwortete Marius Cosmin Boiangiu, dass sich die Aufmerksamkeit neben den Saisonarbeiter_innen auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Logistik, im Straßentransport und im Bausektor richten wird.

Jordi Curell Gotor schaltete sich live aus Brüssel dazu. Er betonte zur Gestaltung der Arbeitnehmermobilität seien drei Elemente wichtig: ein europäischer und nationalen Rechtsrahmens, die Beratung und Information und die Durchsetzung der Rechten. Um die Rechte von mobilen Beschäftigten erfolgreich durchzusetzen, sei es notwendig, dass sie über ihre Rechte informiert würden. Sozialpartner und Beratungsstellen wie Faire Mobilität müssen von nationalen und europäischen Behörden in ihrer Arbeit unterstützt werden. Die Europäische Arbeitsbehörde kann zudem einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Behörden leisten. Auf Nachfrage äußerte sich Jordi Curell Gotor zu den Plänen der Europäischen Kommission zur Einführung eines Europäischen Sozialversicherungspasses. Um die technische und praktische Umsetzung zu erproben, hat die Kommission dieses Jahr ein Pilotprojekt gestartet.

Agnes Jongerius, die ebenfalls per Zoom an der Diskussion teilnahm, begann mit der Frage „Wollen wir eine Wirtschaft, die auf billiger Arbeit basiert?“. Um dieser Frage ihre Wirkung zu verleihen, zählte sie Beispiele auf, die deutlich machten, dass „cheap labour“ weder nachhaltig noch vorteilhaft sei, insbesondere nicht für die Arbeitnehmer_innen. Auf die Frage, was in naher Zukunft vom Europäischen Parlament zu diesem Thema zu erwarten sei, sprach sich Agnes Jongerius für eine Überarbeitung der EU Leiharbeitsrichtlinie aus, um Schlupflöcher zu schließen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen für mobile Arbeitnehmer_innen zu schaffen. Des Weiteren forderte sie die EU Kommission dazu auf, endlich einen Gesetzesvorschlag für eine einheitliche europäische Sozialversicherungsnummer vorzulegen, die die Mobilität von Arbeitnehmer_innen erleichtern würde. Sie prangerte auch die prekären Wohnverhältnisse vieler grenzüberschreitend tätiger Arbeitnehmer_innen an und schlug vor, dass die Unterbringung nicht von den Arbeitgebern abhängig gemacht werden solle. In der weiteren Diskussion lobte Agnes Jongerius ausdrücklich die Gründung der ELA unterstrich die großen Erwartungen, die mit der neu geschaffenen EU-Behörde verbunden sind.

Dr. Rolf Schmachtenberg wies auch darauf hin, dass es in der Landwirtschaft an der Zeit sei, nicht nur über das Tierwohl bei der Herstellung von Produkten zu sprechen, sondern auch das Wohlergehen der Arbeitnehmer_innen in den Fokus zu stellen. Er persönlich könne sich vorstellen, die Sozialversicherungspflicht ab einer Beschäftigung von 50 Tagen wieder einzuführen. Zudem könnte die Nachunternehmerhaftung auf die gesamte Speditionsbranche ausgeweitet werden. Zur Umsetzung der 2020 verabschiedeten Ratschlussfolgerungen bleibe noch einiges zu tun.



Foto: Mark Bollhorst

Anja Piel knüpfte an die Frage von Agnes Jongerius an: „In welcher Welt wollen wir eigentlich leben?“. In ihrem Schlusstatement betonte sie, dass es darum gehen müsse, vulnerable Gruppen bestmöglich zu schützen, Beratungsstrukturen weiter auszubauen und Verbraucher_innen über die Qualität von Produkten zu informieren. Darüber hinaus benannte sie die Ausweitung der Nachunternehmerhaftung in der Logistikbranche als einen wichtigen zukünftigen Handlungsschwerpunkt. Ziel müsse es sein, dass multinationale Unternehmen wie Amazon Verantwortung für ihre Mitarbeiter_innen übernehmen und diese nicht auf Subunternehmen abwälzen können. Konkret bedeute dies, dass Unternehmen für die Arbeitsbedingungen der von ihnen beauftragten Subunternehmen verantwortlich seien.



Foto: Mark Bollhorst